

Tibet-Initiative: „Partnerschaft mit Weifang aus der Zeit gefallen“

Verbindung müsse wegen massiver Verletzung der Menschenrechte in China auf den Prüfstand gestellt werden

Freising – Kritik an der Partnerschaft des Landkreis mit Weifang in China übt die Tibetinitiative Freising. Anlass eines offenen Briefs der Initiative an Landrat Helmut Petz war die Videokonferenz, während der anlässlich des 35-jährigen Jubiläums der Partnerschaft ein Memorandum zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen beschlossen wurde, meldet Sprecher Andreas Printz: „Es scheinen exklusiv wirtschaftliche Beziehungen priorisiert worden zu sein. So waren neben dem Landratsamt auf Freisinger Seite nur Wirt-

schaftsvertreter zugegen. Und ganz offensichtlich knüpfte man leider wieder an die Tradition an, unangenehme Themen wie die Menschenrechte aus dem Gespräch und dem Memorandum auszuklammern. Obwohl dem Landratsamt schon vor Jahren bekannt gemacht wurde, dass es in der Partnerstadt seit langer Zeit mindestens zwei Laogais (brutale Zwangsarbeitslager, vermutlich mit Zwangs-Organentnahmen) gab bzw. gibt! Der Versuch der künstlichen Wiederbelebung einer solch problematischen, gleichzeitig

nicht offenen und eigentlich ruhenden Beziehung ist komplett aus der Zeit gefallen.“

Viele westliche Regierungen hätten seit dem „hemmungslosen Angriffskrieg durch Chinas strategischen Partner mitten in Europa erkannt, dass die Idee ‚Wandel durch Handel‘ ganz offenbar gescheitert ist.“ China nutze alle Möglichkeiten, „wirtschaftliche Überlegenheit zu erlangen, um aggressiv imperiale, territoriale Hegemonieansprüche durchzusetzen. Die Regierungen der Welt suchen eher nach einer Exit-Strategie aus der Abhängig-

keit in einer Zeit, in welcher der KP-Vorsitzende Xi Jinping unverhohlen Taiwan mit baldiger militärischer Eroberung droht, und die KP Chinas eine unübersehbare Blutspur der Unterdrückung und des Völkermordes zieht gegenüber allen oppositionellen Gruppen und Menschenrechts- und Demokratievertretern (Hongkong), namentlich aber vor allem allen religiösen Gruppen (auch gegenüber Christen) und gegenüber den kolonisierten sogenannten Minderheiten wie die Uiguren und eben Tibeter“, schreibt die Tibethilfe.

Auch werde eine systematische Überwachung und eine hochgerüstete Polizei „in gankenloser Brutalität dazu eingesetzt, den berechtigten Protest gegen eine verfehlte Null-Covid-Politik“ niederzuschlagen.

Die Tibethilfe fordert das Landratsamt deshalb auf, zu erklären, „warum es gerade in diesem bedrückenden Szenario entgegen allen globalen Erkenntnissen ausgerechnet jetzt und mit diesem Partner einseitige wirtschaftliche Beziehungen vertiefen möchte.“ Man begrüße Partnerschaften, aber diese müssten

auf den Menschenrechten basieren. Printz: „Wir fordern das Landratsamt auf, den Dialog mit der Freisinger Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft über die Weiterentwicklung der Partnerschaft Weifang wieder aufzunehmen und nicht auf den unakzeptablen Stand der Realitätsausblendung zurückzufallen“.

In Weifang und ganz China müssten die Menschenrechte gesichert werden, Zwangsarbeitslager geschlossen und der „Völkermord an Minderheiten“ gestoppt werden, lauten die Forderungen der Tibethilfe.